Ostsachsen

Radikaler Abbau an den Invaliden

Zu dieser Sache nahm der Internationale Bund, Ortsgruppe Freital, in ihrer am 13. August stattgefundenen Mitgliederversammlung eingehend Stellung. Die Diskussion, welche eine rege war, beleuchtete so recht das Elend, welches unter den Invaliden und Wohlfahrtsempfängern besteht. Die Ortsgruppenleitung wurde beauftragt, an die Stadtverordneten-Fraktionen der Stadt Freital sowie an die Reichsregierung folgende Protestresolution zugehen zu lassen, welche einstimmig angenommen wurde.

Resolution

„Die am 13. August 1931 in Freital stattgefundene Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Freital des Internationalen Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit e. V. hat zu den von der Stadt Freital im Auftrage der Kreishauptmannschaft Dresden durchgeführten Abbaumaßnahmen in der Sozial-Unterstützung Stellung genommen. Die versammelten Mitglieder haben mit Entrüstung festgestellt, daß die Profitinteressen der deutschen Bourgeoisie eher gewahrt werden, als die notdürftigsten Richtsätze der Kriegsopfer, Invaliden und Wohlfahrtsempfänger.

Diese brutalen Abbaumaßnahmen, welche alle Invaliden, Kriegsbeschädigte von 50 bis 50 Prozent in der gehobenen Fürsorge auf den Richtsatz von 69,50 Mark und in der allgemeinen Fürsorge 57,60 Mark als auskömmlichen Lebensunterhaltungsatz festsetzt, bedeutet ein Verhöhnen der gesamten Sozial-Gesetzgebung.

Alle Kriegs- und Arbeitsopfer, sowie Wohlfahrtsempfänger fordern eine menschliche und auskömmliche Rente und Unterstützung, und geloben, mit der gesamten Arbeiterschaft Seite an Seite einzutreten für eine gerechte Wahrung ihrer Lebensinteressen.

Die SPD ruft den Staatskommissar

Zusammenbruch der Gemeinde Kleinnaundorf

SPD-Vertreter: „Hättest du nicht so einen Haufen Kinder, dann könnte es dir auch besser gehen!"

In der letzten öffentl. Verordneten-Sitzung am 14. August gab der Bürgermeister Ihle einen Situationsbericht über die Kassenverhältnisse der Gemeinde, welcher ein klägliches Bild ergab. Man ist nicht einmal mehr in der Lage, den für 500 Mk. gelieferten Kies bei Herrn Schwarze zu bezahlen. Die Stunden der Berufsschüler in Gittersee sind in Frage gestellt, die Gehälter der Beamten werden nur noch zum Teil ausgezahlt, den Erwerbslosen gibt man Gutscheine zum Einkauf von Lebensmitteln. Alles in allem: Friedhofspolitik der SPD. In einer vorangehenden Sitzung beantragte der Bürgermeister Ihle den Staatskommissar. So sieht die vielgepriesene Selbstverwaltung der SPD aus.

Der Haushaltplan schließt trotz der durch Notverordnung gekürzten Beamtengehälter, Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer, sowie Eintreibung der erhöhten Bürgersteuer, mit einem Defizit von 40 000 Mark ab. Und diesem Haushaltplan gab die SPD ihre Zustimmung, trotzdem es ihnen bewußt war, daß dadurch den Wohlfahrtsempfängern und Rentnern die Auszahlung der kärglichen Unterstützung für die Zukunft in Frage gestellt ist.

Der Antrag der Erwerbslosen, einen Erwerbslosenvertreter in den Wohlfahrtsausschuß zu berufen, wurde angenommen, jedoch wird der Vertreter nicht bei den Einzelberatungen der Erwerbslosenanträge hinzugezogen, sondern er soll nur bei Kollektivfragen hinzugezogen werden.

Was bedeutet nun dieser Beschluß für die Erwerbslosen? Eine glatte Verhöhnung!

Und warum? Jedem Einwohner wird bekannt sein, daß die SPD die Kollektivanträge der Erwerbslosen stets abgelehnt hat. Wir erinnern nur an die Anträge betreffs Holz- und Kohlenverteilung oder Wirtschaftsbeihilfen. Alle diese Anträge lehnte die SPD ab. Aus diesem Grunde bedeutet der Vertreter eine glatte Null. Darum müssen die Erwerbslosen weiter ihre Forderung auf Anerkennung eines Vertreters zur Beratung aller ihrer Anträge im Wohlfahrtsausschuß dem sozialdemokratischen Mehrheitskollegium zur Beschlußfassung vorlegen. Ueber den Bericht des Lastenausgleichsstockes und die darüber gepflogenen Verhandlungen, die mit den betreffenden Instanzen, um den katastrophalen Bankrott der Gemeinde aufzuhalten, geführt worden sind, wollte man debattelos, was man der SPD-Fraktion anmerkte, hinweggehen. Unsere Fraktion aber wies an Hand von Tatsachen nach, was die Ursachen der Katastrophe sind, und prangerte die SPD an, da sie es ja gerade gewesen ist, die die katastrophale Politik der Brüning- und Schlick-Regierung als das „kleinere Uebel" anerkennen, obwohl tagtäglich Hunger und Selbstmord zu verzeichnen ist. Dem SPD-Sonntag fiel es so auf die Nerven, daß er unsere Angaben als „hohe Politik" bezeichnete, und sich dann mit Schimpfwörtern bediente. Der SPD-Siebert beschuldigte unseren Gen. Fraulob sogar als Anspowerer der Gemeinde. Das war der Geist der SPD, den sie im wahrsten Sinne zeigten, mit dem aber die Oeffentlichkeit nichts zu tun haben wollte, das hat die Zustimmung der Zuhörerschaft bei den Ausführungen des Gen. Fraulob bewiesen. Bei den Anträgen, die von der kommunistischen Fraktion näher begründet wurden, gerieten die sozialdemokratischen Verordneten derartig aus dem Häuschen, daß man glaubte, in einem Tollhaus zu sein. Fielen doch von seiten dieser Herren die gemeinsten Schimpfworte, wie Rindvieh, Schafskopf usw. Eins verdient noch der Oeffentlichkeit bekannt gemacht zu werden, und dies war der Ausspruch des Nachsozialisten Morgenstern, der unserem Gen. Fraulob seine hohe Kinderzahl zum Vorwurf machte und wörtlich erklärte: „Hättest du nicht so 'n Haufen Kinder in die Welt gesetzt, dann könnte es dir auch besser gehen". **Dabei wissen diese „Arbeitervertreter" ganz genau, daß der § 218 besonders auf die Arbeiter angewendet** wird, daß keinerlei **Eingriffe gemacht werden dürfen.**

Arbeiter, erkennt, wem diese Herren für Lakaien sind! **Laßt euch los von dieser Verräterpartei und kämpft mit uns! Werdet Mitglieder der KPD!**

Wochenendschule für Partei und rev. Massenorganisationen

Am Sonnabend dem 22. und Sonntag den 23. August.

Thema: „Krise und Ausweg"

Die Kurse finden in folgenden Orten statt:

Im UB Bautzen: Bautzen: „Drei Linden" — Zittau: „Hamburger Bierstube" — Bischofswerda: „Kronprinz" — Ebersbach: „Stadt Leipzig". Beginn: Sonnabend 19 Uhr. Sonntag 9 Uhr.

Im UB Dresden: Stadtteil 1: „Bürgergarten" — Stadtteil 2: „Bayrische Krone", Neumarkt — Stadtteil 3: „Stadt Dresden", Niedersedlitz — Stadtteil 4: „Glashütter Hof" — Stadtteil 5: „Deutsches Haus" Langebrück: „Schwarzes Roß", Ottendorf-Okrilla — Seheitz: „Blumenfabrik Weber", Hertigswalder Straße — Hinterhermsdorf: „Gasthof Sächs. Schweiz" — Großröhrsdorf: Restaurant „Vater Jahn" — Kötzschenbroda: „Kaiserbrauerei", Meißner Straße — Coßmannsdorf: „Linkes Restaurant", Rabenauer Grund. Beginn: Sonnabend 19,30 Uhr, Sonntag 9 Uhr.

Im UB Riesa: Riesa: „Gasthof Gröba", Gröba — Großenhain: „Parteilokal" — Waldheim: „Parteilokal" — Döbeln: „Schützenhaus" — Oschatz: „Garküche". Beginn: Sonnabend 20 Uhr, Sonntag 9 Uhr.

Im UB Freiberg: Pockau: „Turnerheim" — Lengefeld: „Sportheim" — Freiberg: Rest. Zur Lokomotive" — Marbach — Oederan: „Garküche". Beginn: Sonnabend 20 Uhr. Sonntag 9 Uhr.

Neue Verschlechterungen in der Wohlfahrtspflege

Wie die Staatskanzlei mitteilt, ist von der sächsischen Staatsregierung zum Sächsischen Wohlfahrtspflegegesetz eine neue Verordnung erlassen worden, die eine wesentliche Verschlechterung für die Fürsorgeempfänger darstellt. Die Verordnung entspricht der zweiten Notverordnung des Reiches, mit der die Reichsfürsorgepflicht-Verordnung neu geregelt (d. h. auf gut Deutsch verschlechtert!) wurde.

Wenn in Zukunft Richtlinien und Richtsätze in den Bezirksfürsorgeverbänden überhaupt noch aufgestellt werden, sollen zwar Hilfsbedürftige zugezogen werden; über ihre Berufung entscheidet allerdings die Behörde. Während aber in Beschwerdefällen, die sich infolge der dauernden Abbaumaßnahmen als Auswirkung der Notverordnung zwangsläufig häufen müssen, bisher die Entscheidung der örtlichen Beschwerdeausschüsse endgültig war, gelten diese Entscheidungen künftig nur noch als erstinstanzliche. Das heißt, die Behörde (oder auch der Fürsorgeberechtigte) hat das Recht, Einspruch gegen die Entscheidung zu erheben, wenn sie gegen die Behörde ausgefallen ist. Die Beschwerde geht dann an Ausschüsse, die erst in den Bezirksverbänden neu eingerichtet werden und aus dem Amtshauptmann und zwei Mitgliedern des Bezirksausschusses (in bezirksfreien Städten aus dem Bürgermeister und zwei Ratsmitgliedern) gebildet werden sollen. Wer die Einstellung der Bürgermeister und Amtshauptleute und die Zusammensetzung der Ratskollegien oder Bezirksausschüsse kennt, weiß, was die Ueberweisung einer Beschwerde an diese Instanz zu bedeuten hat: Abweisung der Ansprüche der Fürsorgeberechtigten in 99 Prozent aller Fälle!

Die Verwaltung sichert sich mit diesen Aenderungen des Beschwerdeweges die juristische Durchführung der Abbaumaßnahmen, wie sie jetzt Hunderttausende von Wohlfahrtsempfängern auf Grund der Notverordnung täglich am eigenen Leibe erfahren. Während die bisherigen örtlichen Ausschüsse auf Grund besonderer örtlicher Bedingungen in gewissen Fällen immer noch geneigt waren, Zugeständnisse in irgendwelcher Hinsicht zu machen, wird das bei den unter Führung der Bürgermeister oder Amtshauptleute stehenden Beschwerdeausschüssen so gut wie nie mehr der Fall sein.

Mit dieser Verordnung wird außerdem das Recht der Selbstverwaltung der Gemeinden, das bisher in dem endgültigen Entscheidungsrecht der örtlichen Ausschüsse seinen Ausdruck fand, auch auf diesem Gebiet beseitigt. Wir sehen hier dasselbe Bild, dieselbe Politik, wie sie in der „Aktaktion" des Deutschen Städtetages zum Ausdruck kommt, die wir vor wenigen Tagen an dieser Stelle gekennzeichnet haben.

Nazi-Demagogen auf Bauernfang

Die Landwirtschaftskammerwahlen sind vorüber. Viele Kleinbauern sind auf die radikalen Phrasen der Nazis hereingefallen. Die Nazis haben die absolute Mehrheit der Landwirtschaftskammer. Jetzt zeigen diese Maulhelden ihr wahres, bauernfeindliches Gesicht. Nichts als Hohn und Spott haben sie für ihre betrogenen Wähler übrig. Vor kurzem forderten die Nazis die Bauern auf, ihre Erntezeugnisse, also ihr Getreide zurückzuhalten. Dabei wissen diese Demagogen ganz genau, daß der Klein- und Mittelbauer sein Getreide nicht zurückhalten kann, selbst wenn er es wollte.

Der Kleinbauer muß sein Getreide stets vor einer Preissteigerung verkaufen, seine Angehörigen brauchen Kleidung und Schuhwerk, und überdies sitzt ihm das Finanzamt im Nacken, unerbittlich immer mehr Steuern von ihm fordernd. Im Herbst muß der Bauer Düngemittel kaufen, deren Preise stetig anziehen, obwohl der Bauer immer weniger für sein Getreide bekommt.

Angesichts dieser Tatsachen hatten die Nazis die Frechheit, dem Bauer zu sagen: „Halte dein Getreide zurück, warte bis zum Frühjahr, dann bekommst du noch einmal soviel dafür." Nur, die Herren Großgrundbesitzer können ihr Getreide zurückhalten, können warten, bis eine Preissteigerung erfolgt, weil diese Herren alle Fäden in der Hand haben. Großgrundbesitzern werden Tausende von Steuerschulden gestundet und meistenteils geschenkt.

Nicht so dem Kleinbauern. Er muß bezahlen oder es wird ihm durch Zwangsversteigerung die letzte Kuh aus dem Stalle geholt, seine Gebäude und Grundstücke zu Schleuderpreisen versteigert. Wo bleibt hier der „deutsche" Gerechtigkeitssinn?

Dem Junker gibt man jährlich Tausende von Subventionen, dem Kleinbauern nimmt man alles. Man schwafelt so viel von der Heiligkeit der Scholle, dabei werden Hunderte von deutschen Bauern ihrer Scholle beraubt, auf welcher schon die Väter und Großväter schuften und darben mußten. Sonderbare „Heiligkeit" der Scholle.

Die Nazis versprachen den Kleinbauern Unterstützung im Kampf gegen Steuerdruck und geben ihnen Spott und Hohn.

Das Osthilfe-Programm war ebenfalls nur ein Köder für die werktätige Bauernschaft. Außer den Junkern hat kein Kleinbauer etwas von den Millionen erhalten. Die Kleinbauern, Pächter und Siedler brechen zusammen unter Steuerlasten, sie sind am Ende ihrer Kraft. Hier erwächst für die Arbeiterklasse die Aufgabe, der Bauernschaft hilfreich zur Seite zu stehen. Bei Zwangsversteigerungen ist es Pflicht der Kommunisten, dem bäuerlichen Bieter zu sagen, daß er ein Verbrechen an seiner Klasse begeht, wenn er durch sein Gebot seinen Berufskollegen von Haus und Hof treibt.

Das Gesicht dem Dorfe zu! Diese Parole darf nicht nur auf dem Papiere stehen, sie muß in die Tat umgesetzt werden.

Arbeiter und Bauern müssen eine geschlossene Front bilden, an deren Wucht und Stärke alle Angriffe der Volksfeinde zuschanden werden müssen.

Kleinbauern, Pächter, Siedler! Heraus zur Volksaktion für Arbeit, Boden, Brot und Freiheit! Für das Bauernhilfsprogramm der KPD! Lest die „Arbeiterstimme"!

Auszahlungen für Sterbefälle bei der Volksfürsorge im ersten Halbjahr 1931

Die Volksfürsorge, gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft, zahlte im ersten Halbjahr 1931 für 4 260 Sterbefälle bei ihr versicherter Personen rund 1 900 000 Mark aus. — In dieser Zeit wird vielen die Versicherungssumme beim Todesfall des Ernährers eine ganz besonders willkommene Hilfe gewesen sein.

33-Sondernummer.

Die deutschen Städte gehen bankrott, die rote Hauptstadt Moskau schafft ihren Bewohnern, den Werktätigen immer bessere Lebensverhältnisse. Das zeigt die Sondernummer der AIZ.

Hinein in die KPD!

Scharfmacher im Wareneinkaufsverein Bautzen

Kommunisten fliegen raus / Wittig will Kehraus halten

Arbeiterkorrespondenz 1648

Wehrsdorf. Die parteipolitische Neutralität der Genossenschaften ist ein Schlagwort, welches man gern gebraucht, um die Kommunistenhetze der Bonzen mit einem Mäntelchen zu umhüllen, und als tüchtiger Genossenschafter zu glänzen, wenn es gilt, einen Angestellten auf das Straßenpflaster zu schmeißen, der die SPD-Verratspolitik nicht mitmachen will. Gründe zu solchem Tun findet man, und sollte man sie an den Haaren herbeiziehen. Ein solches Muster edler Kunst erblickt man in der Person des Geschäftsführers Wittig vom Konsumverein „Spreetal" in Wilthen, welcher bei der Verschmelzung vom Wareneinkaufsverein Bautzen übernommen worden ist, und hier als Personalchef seine schamlose Kommunistenhetze ungestört weiter betreiben kann. **Als erstes Opfer dieser Hetze ist der Lagerhalter Böhme in Wehrsdorf zu betrachten. Dieser mußte rausfliegen, und wenn sich die ganzen Mitglieder von Wehrsdorf auf den Kopf stellten. Als Lagerhalter ließ sich Böhme nichts zuschulden kommen, auch seine Abschlüsse bei der Inventur waren gute und standen an erster Stelle.** So mußte man eben etwas anderes erfinden. Beauftragt wurde dazu der Kontrolleur und Kommunistenfresser Mickan, ihm zur Seite stand der ehemalige Schnapskommunist Müller. Der Reigen ging los. Zuerst versuchte man, ihm das Vertrauen der Mitglieder abzusprechen. Das scheiterte jedoch an der Solidarität der Mitglieder. Nun versuchte man eins nach dem anderen. Als alles nichts half, wurde der Bezirksleiter des Zentralverbandes der Angestellten, Fläminger in Zittau, welcher der Vertreter von Böhme war, bearbeitet. Und das gelang! Fläminger ließ Böhme als Vertreter des ZdA im Stich und betrieb Kuhhandel mit dem Konsumverein, und so wurde Böhme zu Fall gebracht.

Ein anderes Beispiel

In der Verteilungsstelle 34 in Wehrsdorf ist ein frommer SPD-Mann Lagerhalter. Selbiger pfeift auf die Geschäftsanweisungen und betreibt nebenbei noch einen Schnapshandel ohne Genehmigung. Das alles sieht Herr Wittig nicht.

Auch in seinem erweiterten Arbeitsbereich Bautzen will Wittig unter den Angestellten und Arbeitern nach Aussagen von Angestellten, Kehraus halten. So wird es verschiedenen, bei dem Wareneinkaufsverein Bautzen beschäftigten Proleten gehen, wie es Böhme gegangen ist. **Der Arbeiterschaft von Bautzen empfehlen wir deshalb, auf Herrn Wittig ein großes Augenmerk zu richten, und die im Wareneinkaufsverein beschäftigten Proleten in Schutz zu nehmen, um sie vor Terror und Hunger zu schützen.**

Gelbe Raucherzähne entstehen durch Nikotin, für reine Zähne, Nachbehandlung überflüssig. Blendend weiße Zähne, erreichen dieselben durch vieles Monate lang anhält wirken. Ich werde nichts anderes mehr gebrauchen, als „Odol-dent". B., Hoch Berg. — Man verlange nur die echte Thierfelder-Zahnpasta, Tube 64 Pf. und 90 Pf., und weise jeden Ersatz dafür zurück.